

This is a response to the article:

The French and German versus American Debate over 'New Religions', Scientology, and Human Rights

Stephen A. Kent, Edmonton (Canada)

Published in MJR Vol.6, No.1 (January 2001)

STELLUNGNAHME DER SCIENTOLOGY KIRCHE

Leisa Goodman

Human Rights Director

Church of Scientology International

Email: humanrightsdir@scientology.net

Email-Adresse in Deutschland für Rückfragen:

kontakt@menschenrechtsbuero.de

Wer einen Professorentitel trägt, geht bestimmte Verpflichtungen ein. Die wichtigste besteht darin, dass er gründliche, faire und ehrliche Arbeit leistet, ohne vorgefasste Meinungen als wissenschaftliche Schlussfolgerungen auszugeben. Es ist kaum vorstellbar, dass ein Gelehrter über den Judentum schreiben würde, ohne jemals mit Menschen jüdischen Glaubens gesprochen zu haben. Auch würde ein Wissenschaftler wohl kaum eine Dissertation über Menschen lutherischen Bekenntnisses anfertigen, ohne jemals deren Gottesdienste besucht zu haben. Was würden Sie von jemandem halten, der behauptete, aufgrund seiner Gespräche mit exkommunizierten Kirchenmitgliedern fundierte Kenntnisse des Katholizismus zu besitzen? Wenn er zudem darauf beharren würde, dass der Umstand fehlender Informationen aus erster Hand nicht etwa ein Manko, sondern vielmehr ein Vorteil wäre, und er dennoch nur Negatives zu berichten wüsste, würden Sie ihn dann nicht zumindest für voreingenommen halten? Mit Sicherheit würden Sie Zweifel daran hegen, ob er der Vorstellung von einem unparteilichen Wahrheitssucher entspricht, die den Wissenschaftler traditionell charakterisiert.

Stephen Kent schreibt über die Scientology Kirche, aber er war nie in einer unserer Kirchen und er weigert sich, das Selbstverständnis und die Aussagen von Scientologen zu berücksichtigen. Er verfügt über keine eigenen Erfahrungswerte. Seine Darstellung der Scientology Kirche und ihrer Mitglieder hat wenig mit der Realität zu tun. Sie ist unwirklich und unwahr. Er schreibt über Scientology nicht als Forscher auf der Suche nach größerem Verstehen und Wissen, sondern als Propagandist, der als Verfechter einer Sache auftritt. Offensichtlich besteht seine Funktion darin, eine regierungspolitische Praxis religiöser Diskriminierung gegen Scientologen in Deutschland zu legitimieren, die bereits in mehr als 35 Berichten internationaler Menschenrechtsgruppen kritisiert wurde. Vor diesem Hintergrund waren die verantwortlichen deutschen Staatsbediensteten geradezu erpicht darauf, Kent ausfindig zu machen, während sie gleichzeitig ernsthafte Wissenschaftlichkeit

und fundierte Sachkenntnis zum Thema Scientology ignorierten.

Kents Voreingenommenheit verrät sich daran, dass er sich weigert zu differenzieren. Mangelnde Detailkenntnisse werden durch Verallgemeinerungen kaschiert. Beispielsweise verwendet er durchweg den Begriff "Scientology", um damit Tausende von unterschiedlichen kirchlichen Organisationen sowie deren Mitglieder zu bezeichnen, so als würde es sich nur um eine einzige Körperschaft handeln. Mit dieser Taktik soll eine für das Verständnis der Diskriminierung in Deutschland entscheidende Tatsache verschleiert werden: Die große Mehrheit der Scientologen sind nicht Mitarbeiter der Kirche sondern berufstätige Menschen, die für ihre Familien sorgen müssen. Sie sind es, die unter der Intoleranz staatlicher Bediensteter in Deutschland und in Frankreich am meisten leiden.

Ich möchte zunächst Kents Version der Ereignisse in den Vereinigten Staaten korrigieren. Ebenso wie die ehemalige Geschäftsführerin von CAN, Cynthia Kisser, macht Kent die Scientology Kirche für das Ende des früheren "Cult Awareness Network" (CAN) verantwortlich. Es ist durchaus schmeichelhaft, wenn man als verantwortlich angesehen wird für den Zusammenbruch einer Vermittlungsagentur für Kidnapper - aber die Wahrheit ist eine andere. Der Konkursantrag von CAN war die Bemühung, die Zahlung eines verschärften Schadensersatzes mit Strafzweck in Höhe von 1 Million Dollar zu vermeiden. Diese Summe hatte eine Jury Jason Scott zugesprochen, Mitglied einer christlichen Pfingstgemeinde. Scott, der in diesem Gerichtsverfahren von dem Rechtsanwalt und Scientologen Rick Moxon vertreten wurde, war das Opfer eines brutalen Versuchs der Glaubens austreibung durch den Deprogrammierer Rick Ross. Als Richter John C. Coughenour die Berufung von CAN und Ross samt Antrag auf Durchführung eines neuen Verfahrens im November 1995 abwies, entlarvte er die Rechtfertigungsargumente von CAN, die Kent sich zu Eigen gemacht hat, mit folgenden Worten:

"Das Gericht stellt fest, dass alle Beklagten anscheinend unfähig sind, die Arglistigkeit ihres Vorgehens gegen Mr. Scott einzusehen. Während des gesamten Prozesses haben sie vielmehr versucht, sich selbst als Opfer eines angeblichen Plans des Rechtsanwalts von Mr. Scott darzustellen. Daher erscheint die von der Jury zugesprochene hohe Schadensersatzforderung sowohl gegen CAN als auch gegen Ross bei vernünftiger Betrachtungsweise notwendig, um die von der Jury getroffene Entscheidung bezüglich der festgestellten Grausamkeit der Handlungen der Beklagten durchzusetzen und diese in der Zukunft von ähnlichem Verhalten abzuschrecken ... Das Gericht stellt fest, dass die Verwerflichkeit der Handlungsweise von CAN völlig ausreichend ist, um die Höhe des zugesprochenen Schadensersatzes zu rechtfertigen. Die andauernde Verwendung von Euphemismen wie 'unfreiwillige Deprogrammierung' rückt nicht die Tatsache in ein milderer Licht, dass die zur Förderung der Verschwörung vorgenommenen Handlungen den gewaltsamen Menschenraub und das Festhalten eines Erwachsenen gegen seinen Willen umfassten."

CAN war eine kriminelle Vereinigung, die Auskunftssuchende an gewalttätige Deprogrammierer verwies, damit diese gewerbsmäßig Menschen entführen konnten. Das Oberste Gericht des 9. Bundesberufungsgerichtsbezirks der USA bekräftigte das Urteil und stellte fest: "Die

Beweisaufnahme zeigte auch, dass es zur ständigen Vorgehensweise von CAN gehörte, Leute an Deprogrammierer wie Ross zu verweisen und dass Ross dafür bekannt war, unfreiwillige Deprogrammierungen durchzuführen. Tonkin [Scotts Mutter] sagte, Landa [die Kontaktperson von CAN] habe Ross als einen `sehr erfolgreichen' Deprogrammierer beschrieben. Ein Angestellter von CAN sagte aus, er habe Hunderte von Menschen an Deprogrammierer vermittelt, darunter auch an Ross. Er habe gesehen, wie dieser ein `48ständiges' unfreiwilliges Deprogrammierung durchgeführt habe." Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten wies CANs Revision ab. Das Urteil wurde somit rechtskräftig.

Kents übrige Behauptungen bezüglich CAN sind nichts anderes als altbekannte CAN-Propaganda. Heute untersteht CAN einem multikonfessionellen Vorstand, der sich unter anderem aus einem Baptisten, einem Buddhisten und einem Scientologen zusammensetzt. Seine Telefon-Hotline wird von ehrenamtlichen Helfern besetzt, darunter ein Buddhist, ein Pfarrer einer überwiegend aus Farbigen bestehenden christlichen Gemeinde, zwei Religionswissenschaftler, ein Gefängnisgeistlicher und ein Katholik. Während das ehemalige CAN diese Hotline benutzte, um Zwietracht zu säen und Informationen zu verbreiten, die Richter Coughenour als "negatives und im Sinne des Begriffs höchst hetzerisches Material über `Cults'" bezeichnete, hat das neue CAN bereits mehr als 7000 Anrufe beantwortet und Hunderte von Familien zusammengeführt. Durch sein Eintreten für Toleranz und Dialog zur Lösung religiöser Differenzen hat CAN mehr als 600 Deprogrammierungen verhindert. Der jüngste Fall betraf einen Studenten in einem Baptisten-Seminar, dessen irreführte Eltern beinahe 15.000 Dollar an Deprogrammierer gezahlt hätten, um ihn so mit Zwang zur Rückkehr zu ihrem fundamentalistischen Glauben zu nötigen.

Unrichtige Fakten

Kents Voreingenommenheit zeigt sich auch in seiner Darstellung der Entscheidung des Internal Revenue Service [US-Bundessteuerbehörde], die im Oktober 1993 der Scientology Kirche und mehr als 150 mit ihr verbundenen Kirchen, Missionen und sozialen Organisationen völlige Steuerfreiheit gewährte. Kent schreibt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe erst in der Folge und aufgrund dieser Steuerbefreiung die Intoleranz der deutschen Behörden gegenüber Scientologen zu kritisieren begonnen. Das ist nicht die Wahrheit. Entgegen seiner Behauptung war die erste Kritik der US-Regierung an der Diskriminierung gegen Scientologen in Deutschland nicht der im Januar 1994 veröffentlichte Menschenrechtsbericht des amerikanischen Außenministeriums, sondern ein im September 1993 veröffentlichter Bericht der US-Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der Sorge der Amerikaner wegen der Lage in Deutschland ging die Weigerung der Landesregierung von Baden-Württemberg voraus, dem weltberühmten Jazzmusiker und US-Bürger Chick Corea die Erlaubnis zu erteilen, bei einem staatlich geförderten Konzert aufzutreten - ausschließlich nur, weil er Scientologe ist. Wegen dieses Zwischenfalls protestierten im Juni und im Juli 1993 mehrere amerikanische Kongressmitglieder und Künstler bei deutschen Stellen.

Kents Kommentar zeigt, dass er die Fakten vorsätzlich nicht zur Kenntnis nimmt, denn die Belege sind eindeutig. Das amerikanische Außenministerium hat die Scientology Kirche bereits 1974 als bona fide Religionsgemeinschaft anerkannt. In der Folge wurde Scientology drei Jahre später von der amerikanischen Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde als Religion anerkannt. Etwa ein Dutzend Scientology Kirchen in den Vereinigten Staaten hatten bereits in den siebziger Jahren von der IRS Steuerfreiheit erhalten. Zudem hatten die Prozessbevollmächtigten des IRS im Jahr 1980 die Frage der Religionseigenschaft von Scientology für unstreitig erklärt. Mit anderen Worten, schon mehr als ein Jahrzehnt vor dem Jahr 1993 hatten wesentliche Rechtsbereiche aufgrund zahlreicher Entscheidungen der Verwaltungsbehörden und Gerichte die Lauterkeit [bona fides] der Scientology-Religion zweifelsfrei festgestellt.

Die von Kent angesprochenen Prozesse auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes fanden ihren Anfang, nachdem in den 80er und 90er Jahren immer deutlicher wurde, dass bestimmte IRS-Beamte Scientologen zur Zielscheibe diskriminierender Behandlung machten. Die betroffenen Scientology Kirchen und Gemeindeglieder wollten den Grund dafür in Erfahrung bringen und beantragten unter Berufung auf das Gesetz über Informationsfreiheit Einsicht in die Akten, die bei der IRS über sie geführt wurden. Als die Behörde sich weigerte, erhoben die Betroffenen Klage. Als Resultat ihrer erfolgreich geführten Prozesse schufen Scientologen eine neue Rechtslage, die allen Steuerzahlern in den USA zugute kommt.

Beispielsweise befand im Mai 1991 ein Bundesgericht in Los Angeles, dass eine von der Kirche unter dem Informationsfreiheitsgesetz angestregte Klage "zur Entscheidung der IRS beitrug, ihre Verfahrensweisen zu revidieren, [wodurch] eine bessere Bearbeitung von mehr als 1000 Fällen mit identischen Streitfragen ermöglicht wird". Im Juni 1990 trug die Scientology Kirche in einem Grundsatzprozess dazu bei, alle Religionsgemeinschaften vor staatlicher Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zu schützen. Damals entschied ein Bundesgericht zugunsten der

Scientology Kirche Boston und wies einen Antrag der IRS ab, wonach etwa 200.000 Seiten Dokumente zur Prüfung vorgelegt werden sollten. Der Richter stellte fest, dass "der IRS keinen legitimen Zweck für seine steuerlichen Ermittlungen darlegen konnte". Im November 1992 entschied der Oberste Gerichtshof der USA in einer einstimmig gefällten Entscheidung zugunsten einer Scientology Kirche, dass die Bundesbehörden keine unrechtmäßig erlangten Unterlagen gegen einen Steuerzahler verwenden dürfen. In dieser Präzedenzentscheidung heißt es: "Das Interesse einer Person an der Geheimhaltung ihrer 'Papiere und Effekten' ist wichtig genug, um den Schutz der Verfassung zu verdienen."

Als die IRS schließlich mit jener Prüfung der Scientology Kirche begann, die später zur völligen Steuerbefreiung führte, scheuten die Beamten keine Mühen. Gewöhnlich besteht ein Antrag auf Steuerbefreiung aus einer etwa zehneitigen Sachverhaltsschilderung und einer wenige Stunden dauernden Prüfung durch das örtliche IRS-Büro. Im Vergleich dazu wurden die Scientology Kirchen einer Prüfung unterzogen, in deren Verlauf Tausende von Fragen gestellt wurden und zu deren Beantwortung Tausende von Seiten von Sachverhaltsschilderungen und Meter um Meter von Finanzunterlagen vorgelegt werden mussten. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die einzelnen Scientology Kirchen schließlich ihre Freistellungsbescheide erhielten, wurde die - soweit es die Steuerbefreiung von Vereinigungen betrifft - administrativ umfangreichste Dokumentation aller Zeiten zusammengestellt, nämlich der Länge nach gemessen mehr als vier Meter.

Darüber hinaus musste sich die Kirche Hunderten von Stunden strapaziöser Meetings unterziehen, in denen ständig Informationen vorgelegt werden mussten. Diese Treffen zogen sich über einen Zeitraum von zwei Jahren hinweg und durch die Amtsperioden von drei IRS-Präsidenten. Der Antrag der Kirche auf Steuerbefreiung wurde auch nicht auf der unteren bürokratischen Ebene des IRS-Bezirksbüros von Los Angeles geprüft, am Hauptsitz der Kirche, sondern von den höchsten Beamten, die im Bundesbüro der IRS in Washington DC für steuerbefreite Vereinigungen zuständig sind. Zusammenfassend kann man wohl sagen, dass der Antrag der Kirche auf Steuerbefreiung ganz besonders energisch bearbeitet wurde, wofür es in der Geschichte der IRS keinen Präzedenzfall gibt. Und die Scientology Kirche bestand den Test.

Kents Informationsquellen

Vor der Gewährung der Steuerfreiheit prüfte der IRS sensationell aufgemachte Berichte über Scientology, indem er sich an ehemalige Mitglieder wandte. Die Behörde kam zu dem Schluss, dass diese Leute nicht vertrauenswürdig, ihre Erzählungen aus der Luft gegriffen und ihre Motive unlauter sind. Kent aber bezieht seine Informationen von genau solchen Leuten.

Beispielhaft sind seine Bemerkungen über das Rehabilitation Project Force (RPF), ein freiwilliges Programm, das nur von Mitgliedern der Sea Organization absolviert wird. Die Sea Organization ist eine Ordensgemeinschaft innerhalb der Scientology Kirche, deren Name aus der Zeit ihrer Gründung an Bord einer Schiffsflotte herrührt, wobei anzumerken bleibt, dass die meisten organisatorischen Teile der Sea Organization heute auf dem Festland beheimatet sind.

Das RPF-Programm beruht auf einer der ältesten und grundlegendsten Vorstellungen in der Religion: dem Rückzug von der Außenwelt zu Gebet und Läuterung und/oder zum intensiven Studium spiritueller Lehren. Diese Praxis ist in vielen verschiedenen Glaubensrichtungen üblich, und findet sich zum Beispiel im Buddhismus, im Hinduismus, im Jainismus und in den Mönchsorden der römisch-katholischen Kirche.

Kent hat zu keinem Zeitpunkt ein RPF-Programm aus eigener Anschauung erlebt. Seine Darstellung stützt sich auf Berichte, die einige wenige unzufriedene ehemalige Mitglieder in den frühen 80er Jahren als Teil eines fehlgeschlagenen Prozesskomplotts anfertigten, in dem es darum ging, schnell reich zu werden. Einer seiner Haupt-Informationsquellen verklagte die Kirche in den 80er Jahren darauf, eine Million Dollar zu zahlen. Das Bezirksgericht in Los Angeles wies die Klage ab, weil der Kläger trotz mehrmaliger Aufforderung seine Behauptungen nicht dokumentierte. Das Berufungsgericht in Kalifornien bestätigte die Abweisung der Klage im Mai 1990.

Frank Flinn, ein amerikanischer Wissenschaftler und ehemaliges Mitglied des Franziskanerordens, der im Gegensatz zu Kent Mitglieder während der Teilnahme am RPF-Programm interviewte, beschreibt das Programm als "charakteristisch für Religion an sich, wenn man es mit den religiösen Praktiken dieser Welt vergleicht". Lorne L. Dawson, der den Lehrstuhl für Religionswissenschaften an der Universität von Waterloo in Kanada hält, drückte es so aus: "Professor Kent stützt seine kürzlich veröffentlichte Kritik am RPF ausschließlich auf die Aussagen ehemaliger Mitglieder der Scientology Kirche. Er erfüllt damit nicht die Anforderungen, die Soziologen im Hinblick auf Objektivität und Fairness an ihre Kollegen stellen. Sein Beweismaterial ist verzerrt und äußerst unvollständig." Im Gegensatz zu den Gerichten verlangt Kent von seinen Informanten keine beweiskräftigen Belege für deren Behauptungen. Stattdessen wiederholt er ihre Lügen, weil sie den Plänen bestimmter deutscher Staatsbediensteter entgegenkommen, die Gründe für ihre diskriminierenden Vorgehensweisen suchen.

Zu diesen Staatsbediensteten zählt Ursula Caberta von der Innenbehörde in Hamburg. Sie initiierte einige der schwerwiegendsten Verletzungen der Rechte von Scientologen in Deutschland, darunter so genannte "Sektenfilter". Hierbei handelt es sich um Fragebögen, in denen Stellenbewerber oder mögliche Vertragspartner eine Erklärung abgeben müssen, dass sie keine Scientologen sind. Erst dann wird ihr Antrag in Betracht gezogen. Trotz ihrer zehnjährigen propagandistischen Tätigkeit auf Kosten des Steuerzahlers hat Caberta nichts gefunden, was den Scientologen oder ihrer Kirche

angelastet werden könnte. In der verzweifelten Bemühung, ihre Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen, holte sie schließlich Verstärkung aus Übersee - nicht nur Kent, sondern auch einen Amerikaner namens Robert Minton, der in den Vereinigten Staaten erfolglos Prozesse gegen die Scientology Kirche finanziert hatte. Aber gerade indem sie Kent und Minton als glaubwürdige Quellen in Bezug auf Scientology ausgab, machte Caberta ihre Intoleranz ebenso offenkundig wie ihre Ignoranz. Minton hat wie Kent keinerlei Information aus erster Hand und ist selbst nie in einer Scientology Kirche gewesen. Er behauptet, sein Vermögen als Investmentbanker verdient zu haben, aber die Londoner Sunday Times, das Magazin Business Age und andere Medien deckten auf, dass er in den 80er Jahren mit einem der schlimmsten nigerianischen Diktatoren bzw. mit dessen Administration zusammengearbeitet hatte. Wie aus internationalen Untersuchungen hervorgeht, hat dieser sein eigenes Land in Milliardenhöhe ausgeplündert. Minton gab zu, dass er durch die Zusammenarbeit mit dem Regime des damaligen Diktators Millionen verdiente. Die neue demokratische Regierung von Nigeria hat mittlerweile Strafantrag gegen Minton gestellt, der die Vorwürfe bestreitet.

Religiöse Diskriminierung in Deutschland

Kent meldet Zweifel daran an, dass es in Deutschland wirklich religiöse Diskriminierung gibt. Wie kann er das wissen? Er hat nie einen deutschen Scientologen interviewt, und seine Voreingenommenheit versperrt ihm den Weg zu Informationen aus erster Hand.

1997 kam der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Angelegenheiten religiöser Intoleranz nach Deutschland, um Scientologen, Mitglieder anderer Minderheitsreligionen und deutsche Regierungsbeamte zu interviewen. In seinem im Dezember desselben Jahres veröffentlichten Bericht heißt es, dass die Zeugen Jehovas, die Bahaí-Gemeinschaft, die Vereinigungskirche, Mormonen und Mitglieder der Hare-Krishna-Gemeinschaft alle über ein Klima religiöser Intoleranz klagten. Er fügte hinzu, dass "die Repräsentanten von Scientology eine sehr detaillierte Dokumentation" über die Diskriminierung gegen Scientologen zur Verfügung gestellt haben. Im März 1998 führte der Sonderberichterstatter vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen aus, man könne das, "womit die Gruppe [der Scientologen in Deutschland] konfrontiert ist, als ein Klima argwöhnischer oder latenter Intoleranz bezeichnen".

Der Sonderberichterstatter sprach in seinem Bericht über Deutschland die folgende Empfehlung aus: "Der Staat muss über die Alltagsgeschäfte hinaus eine Strategie zur Verhinderung von Intoleranz gegenüber Religion und Glauben einführen. [Der Berichterstatter] glaubt, dass es fortgesetzter Bemühungen bedarf, um eine Kultur der Toleranz und der Menschenrechte zu fördern und weiter zu entwickeln."

1500 Diskriminierungsfälle

Die Scientology Kirche hat mehr als 1500 Fälle von Diskriminierung gegen ihre Gemeindemitglieder in Deutschland dokumentiert. Das US-Außenministerium kritisierte in seinen letzten acht jährlichen Menschenrechtsberichten und in den letzten beiden Berichten über die weltweite Lage der Religionsfreiheit die deutsche Regierung wegen Verletzung der Rechte von Scientologen. In seinem neuesten, am 26. Februar 2001 veröffentlichten Menschenrechtsbericht weist das US-Außenministerium darauf hin, dass in Veröffentlichungen der Hamburger Regierung

und in Veröffentlichungen staatlicher Stellen in Niedersachsen, Thüringen und Schleswig-Holstein auch "theologisch konservative oder christliche Minderheitsgruppen" zur Zielscheibe werden. Im April 2000 verurteilte die Handelsbeauftragte der Vereinigten Staaten den Umstand, dass deutsche Regierungsstellen "Sektenfilter" zur Diskriminierung amerikanischer Unternehmen verwendeten, weil deren Führungskräfte Scientology angehörten. Die Handelsbeauftragte setzte Deutschland auf die "Watch List" jener Länder, die diskriminierende Handelspraktiken ausüben.

Es bleibt die bedauernswerte Tatsache, dass immer wieder in Deutschland Scientologen entlassen und vor der Einstellung bei öffentlichen oder privaten Stellen "ausgesiebt" werden, ebenso wie von der Mitgliedschaft in politischen Parteien. Man verweigert ihnen das Recht, mit Regierungsstellen Verträge zu schließen, als Künstler aufzutreten oder öffentliche Einrichtungen zu benutzen, und sie sind Boykotts und Diskriminierung ausgesetzt, einzig und allein wegen ihrer Religionszugehörigkeit.

Deutsche Regierungsbeamte haben auch einen Boykott des Microsoft-Betriebssystems Windows 2000 versucht, weil einer der Bestandteile von der Firma Executive Software hergestellt wird. Dessen Gründer und Geschäftsführer Craig Jensen ist Scientologe. Der jüngste Bericht des US-Außenministeriums zitiert die Untersuchungsergebnisse der deutschen Regierung bezüglich Windows 2000. Liest man diese Befunde, bestätigt sich, was das US-Außenministerium bereits feststellte: Der Boykottaufruf erfolgte einzig und allein wegen der Religionszugehörigkeit von Mr. Jensen.

Angesichts der eigenen Feststellungen der deutschen Regierung macht das von Kent weiter verbreitete Gerücht, das ursprünglich von Ursula Caberta gestreut worden war, wieder einmal deutlich, dass er mehr zu Unterstellungen als zu wissenschaftlicher Exaktheit neigt. Und obwohl er die von Craig Jensen im Juni 2000 getätigte Aussage vor dem Ausschuss für internationale Beziehungen im US-Repräsentantenhaus offensichtlich gelesen hat, erwähnt er folgende Aussage in keiner Weise:

"Meine Firma hat sich mit harter Arbeit und Einfallsreichtum zu einem der 200 führenden Software-Unternehmen der Welt entwickelt. Sie hat viele Erfolge am Markt erzielt und zahlreiche Auszeichnungen für die besten Produkte und Dienstleistungen in der Computer-Software-Industrie erhalten. Unsere Produkte wurden von den National Testing Laboratories mit äußerster Sorgfalt auf Sicherheit und Leistung geprüft, ebenso wie von Veritest, der unabhängigen Prüfungsgesellschaft, die für die Zertifizierung der Kompatibilität mit dem Microsoft-Betriebssystem Windows zuständig ist ... Die Unterstellungen sind vollkommen falsch, was sich leicht beweisen lässt. Es ist tatsächlich unvorstellbar, dass ein auch nur halbwegs kompetenter Software-Ingenieur so etwas glauben könnte. Aber die Software war natürlich nicht der wahre Grund für den Angriff. Sie wurde einzig und allein wegen meiner Religionszugehörigkeit zur Zielscheibe."

Des weiteren versucht Kent, die Diskriminierung in Deutschland mit einer Meinungsäußerung des Bundesarbeitsgerichts zu Scientology aus dem Jahre 1995 zu rechtfertigen. Mag Kent diese Meinung auch noch so gerne zitieren, die deutschen Gerichte ignorieren sie. Warum? Weil sie keinem rechtskräftigem Endurteil, sondern nur einer Zwischenentscheidung entstammt, und kein

Präzedenz darstellt. Sie beruhte auf einer fehlerhaften Entscheidung eines untergeordneten Finanzgerichts, die inzwischen vom Bundesfinanzhof aufgehoben wurde. Die Rechtsnormen, die Gerichte heutzutage bei der Urteilsfindung in Sachen Scientology Kirche zitieren, leiten sich aus dem Verfahren Scientology Mission Neue Brücke Stuttgart ./ Land Baden-Württemberg her, das im November 1997 vom Bundesverwaltungsgericht entschieden wurde. Das Gericht vertrat die Auffassung, dass Scientology-Dienste spiritueller Natur seien und wies den Versuch des Regierungspräsidiums Stuttgart zurück, diese als kommerziell einzustufen. Das Regierungspräsidium zog seinen Ausgangsbescheid zurück und musste die Kosten tragen. Das Landgericht Hamburg zitierte diese Entscheidung und bestätigte am 5. Januar 1998 erneut die religiöse Natur von Scientology, ebenso das Verwaltungsgericht Stuttgart und das Sozialgericht Nürnberg im Jahr 1999 bzw. im Jahr 2000. Gegenwärtig gibt es mehr als 40 Entscheidungen deutscher Gerichte, in denen Scientology als Religionsgemeinschaft bestätigt wird.

Frankreich

Kent behandelt die Frage der Minderheitsreligionen in Frankreich mit demselben Mangel an wissenschaftlicher Integrität, wie er das für Deutschland vormacht. Ohne zu zögern schlägt er sich auf die Seite der französischen "Interministeriellen Sonderabteilung zur Bekämpfung von Sekten" (MILS), indem er die Scientology Kirche angreift. Hierbei stützt er sich auf eine von einem ehemaligen Mitglied unterschriebene eidesstattliche Erklärung, die lächerliche und geradezu groteske Behauptungen über eine Einrichtung der Kirche in Kalifornien aufstellt. Ein amerikanischer Rechtsanwalt, der inzwischen von US-Gerichten zu insgesamt etwa 100.000 Dollar an Strafen verurteilt wurde und wegen seiner unseriösen Klagen bei Gericht als "schikanöser Prozessierer" gilt, hatte dem ehemaligen Mitglied 17.000 Dollar für die Unterzeichnung dieser falschen Erklärung gezahlt. Die Sozietät, in der dieser Anwalt arbeitete, verzichtete auf die weitere Benutzung dieser Erklärung, nachdem sie die Beweise für die Unglaubwürdigkeit des ehemaligen Mitglieds geprüft hatte.

Kent ignoriert diese Tatsachen natürlich geflissentlich, weil solche Lügenmärchen seinen Absichten und denen der französischen Beamten entgegenkommen, deren Menschenrechtsverletzungen er zu sanktionieren beabsichtigt.

Kent führt weiter aus, dass die parlamentarische Versammlung des Europarats die Einrichtung oder Unterstützung von staatlich finanzierten "Informationszentren" empfohlen habe, ähnlich den in Frankreich existierenden. Wie irreführend diese Aussage ist wird deutlich, wenn man liest, was die parlamentarische Versammlung in ihrem Bericht vom Juni 1999 tatsächlich sagt:

"Nach Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention dürfen Staaten keine Unterscheidung zwischen verschiedenen Glaubensrichtungen vornehmen oder eine unserer Meinung nach untragbare Rangfolge dieser Glaubensrichtungen einführen. Allein die bloße Unterscheidung wäre bereits eine unverhältnismäßige Verletzung der von Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Freiheit, denn diese beruht gerade auf der Abwesenheit von Unterscheidungen zwischen Glaubensrichtungen. Hierin findet sich auch die Erklärung für die staatliche Neutralitätspflicht."

Die International Helsinki Federation for Human Rights schlussfolgerte, dass die von der

parlamentarischen Versammlung des Europarats empfohlenen unabhängigen Informationszentren nichts anderes bedeuteten, als dass "die Versammlung die in Belgien und Frankreich eingerichteten staatlichen Sektenbeobachtungsstellen massiv verurteilt...". Wie also kann Kent behaupten, die parlamentarische Versammlung empfehle eine staatliche Stelle ähnlich der in Frankreich? Da erstaunt wenig, was der Amerikaner Anson Shupe schreibt, Professor an der Universität Indiana und an der Universität Purdue in Fort Wayne: "Jeder professionelle Religionssoziologe, der Stephen Kent zur Kenntnis genommen hat, weiß, dass dieser in der cult/anticult-Debatte keine sauberen Hände hat."

Die Position der parlamentarischen Versammlung des Europarats deckt sich eher mit jener einer schwedischen Regierungskommission aus dem Jahre 1998, die feststellte, dass "in Frankreich der Staat als Ganzes mit der anticult-Bewegung gemeinsame Sache gemacht hat". Und sie entspricht auch dem Bericht der Universität Derby, den diese im Auftrag des britischen Innenministeriums erstellte und in dem es heißt:

"...im Umgang mit den Religionen gibt es diejenigen, welche die 'annehmbaren' Traditionen der Weltreligionen von den religiösen Gruppen trennen möchten, die allgemein als 'Sekten' und 'Cults' oder in einer weniger voreingenommenen akademischen Terminologie als 'Neue Religiöse Bewegungen' bekannt sind. Die von der [Europäischen Menschenrechts]Konvention wie auch von der [britischen Menschenrechts]Gesetzgebung zugesicherten Rechte gelten jedoch ebenso für den Glauben derjenigen, die zu den so genannten Neuen Religiösen Bewegungen gehören..."

Was ist Scientology?

Was also ist dann die religiöse Bewegung Scientology? Das Wort kommt vom lateinischen scio, das "wissen" bedeutet, im vollsten Sinn des Wortes, und von dem griechischen Wort logos, was soviel bedeutet wie "Studium von". Wörtlich bedeutet Scientology also "wissen, wie man zum Wissen gelangt". Scientology vertritt die Auffassung, dass der Mensch ein geistiges Wesen ist, dass er im Grunde gut und konstruktiv ist und dass er sein eigenes Leben verbessern kann. Gestiftet wurde die Religion von dem Philosophen L. Ron Hubbard, einem Vertreter des Humanitätsgedankens.

Für Scientologen ist ihre Religion nicht theoretisch, nicht ein Glaube "nur für den Sonntag", sondern eine praktische Religion zur Verbesserung des Lebens und zur Hilfe für andere an jedem Tag ihres Lebens. Scientologen sind sichtbar engagiert in der Gemeinschaft, in der sie leben. Und sie sind effektiv. Sie arbeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie sind Geschäftsleute, Ingenieure, Krankenschwestern oder Krankenpfleger, Bauarbeiter, im Marketing- und Verwaltungsbereich tätig, Sekretärinnen, Beamte, Schauspieler, Studenten, Musiker, Hausfrauen, Direktoren und Schreiner. Viele arbeiten auch im Erziehungs- und Bildungswesen, in der Drogenrehabilitation und in der Strafvollzugsreform, wo sie die bahnbrechenden Methoden verwenden, die von L. Ron Hubbard entwickelt wurden. Er erforschte beispielsweise die Ursachen und Wirkungen von Drogensucht und Drogenkonsum und entwickelte Methoden, mit deren Hilfe die schädlichen Wirkungen dieser Substanzen beseitigt werden können. Die Methoden L. Ron Hubbards befreien Menschen von den schädlichen Wirkungen von Drogen, aber auch von dem Drang, sie zu nehmen. Seine Entdeckungen im Bereich der Erziehung und Bildung isolierten die

wirklichen Ursachen der Unfähigkeit zu lernen, und stellten eine Methode zur Verfügung, die von Millionen mit Erfolg beim Lernen verwendet wird.

Die Scientology Kirche und ihre Mitglieder widmen sich der Verbesserung der Gesellschaft - in der Nachbarschaft, dem eigenen Land und in der Welt als Ganzem. Die Kirche fördert Anti-Drogen-Kampagnen, beschafft Geld für Jugendgruppen, ruft "Neighborhood Crime Watch"-Programme ins Leben, führt Recycling-Projekte und die Säuberung von Parks durch und lässt traumatisierten Opfern von Erdbeben und Überschwemmungen praktische Hilfe zuteil werden. Zwar sind Belohnungen weniger wichtig als Taten, dennoch haben Scientologen Tausende von Anerkennungen für ihre Arbeit in der Gesellschaft erhalten.

Es war unvermeidlich, dass Scientology in die Kontroverse geriet. Alle großen Bewegungen, die dem Menschen Weisheit und größere Freiheit bringen wollten, waren Angriffen ausgesetzt, die oft bösartig und heftig waren. Aber wenn nur ein Bruchteil dessen, was über Scientology gesagt wurde, wahr wäre, so hätte sie längst zu existieren aufgehört. Stattdessen finden wir heute Scientology Kirchen mit ihren Gemeinden in 148 Ländern der Welt.

In dem Maße, wie Scientology wächst, wird sie von Regierungen, Wissenschaftlern und Gerichten zunehmend als eine originäre Schriftreligion anerkannt. Im Jahre 2000 haben die Regierungen von Schweden und Südafrika Scientology unbeschränkt als bona fide Religion anerkannt. In England wurde die Kirche von der Steuer befreit. Es liegen Hunderte von Anerkennungen durch Regierungen, Verwaltungs- oder Rechtsgremien vor, welche die Lauterkeit der Religion bestätigen. Mehr als zwei Dutzend Untersuchungen von sachverständigen Wissenschaftlern zeigen die Grundlagen ihrer religiösen Natur auf. Und ja - die Ziele und Tätigkeiten von Scientology haben tatsächlich mit denen älterer Religionen vieles gemeinsam. Es ist eine Religion für das 21. Jahrhundert, eine Religion, die gangbare Wege aufzeigt, um die Menschen zu befähigen, ihr Leben zu verbessern und neue spirituelle Höhen zu erreichen.

Professorale Gelehrsamkeit bringt die Verpflichtung mit sich, objektive und zutreffende Informationen im Dienste der Wahrheit zur Verfügung zu stellen. Sie ist kein Weg, den man ausnutzen sollte, um Menschenrechtsverletzungen mit einem Anstrich von Legitimität zu versehen. Ein Religionsexperte, der Scientology vorurteilsfrei anschaut, wird in ihr den Endpunkt einer Jahrtausende langen religiösen Suche des Menschen entdecken.

Copyright © Leisa Goodman 2001

First published in Marburg Journal of Religion